

KATHARINA LEUSCH

Die Abkehr von der
vor-rechtsstaatlichen
Vergangenheit der DDR

*Beiträge zur Rechtsgeschichte
des 20. Jahrhunderts*

Mohr Siebeck

Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts

herausgegeben von

Hans-Peter Haferkamp, Joachim Rückert,
Christoph Schönberger und Jan Thiessen

128



Katharina Leusch

Die Abkehr von der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit der DDR

Eine Untersuchung am Beispiel des Parteiengesetzes
der DDR und der Unabhängigen Kommission
zur Überprüfung des Vermögens der Parteien
und Massenorganisationen der DDR

Mohr Siebeck

Katharina Leusch, geboren 1995; Studium der Rechtswissenschaften in Köln und Düsseldorf; 2020 Erstes juristisches Staatsexamen; 2024 Promotion; Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin.
orcid.org/0009-0002-7884-1451

Zugl.: Jena, Univ., Diss. (2024)

ISBN 978-3-16-163975-3 / eISBN 978-3-16-163976-0

DOI 10.1628/978-3-16-163976-0

ISSN 0934-0955 / eISSN 2569-3875 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen aus der Times gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern, Großeltern,
Jonathan und Liesel

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2023 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Dissertation angenommen und am 17. Januar 2024 mündlich verteidigt.

Zuvörderst gilt mein Dank meinem Doktorvater Prof. Dr. Adrian Schmidt-Recla. Er hat dieses Promotionsvorhaben von Beginn an sehr aufmerksam und engagiert sowie mit Zeit und wenn nötig mit kritischen Einwänden begleitet. Durch die unzähligen und langen Gespräche in Leipzig und Jena über die DDR im Allgemeinen, die Phase der Wiedervereinigung und Transformation im Besonderen sowie das Reden über das DDR-Recht wurde mir diese Zeit erst richtig verständlich. Prof. Dr. Walter Pauly danke ich für seine wertvollen Hinweise sowie die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Prof. em. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier bin ich für seine Bereitschaft mir von seiner Zeit als Vorsitzender der Unabhängigen Kommission zu erzählen zu Dank verpflichtet.

Den Herausgebern Prof. Dr. Hans-Peter Haferkamp, Prof. em. Dr. Dr. h.c. Joachim Rückert, Prof. Dr. Christoph Schönberger sowie Prof. Dr. Jan Thiessen danke ich für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Mein Dank gilt ferner den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde sowie des Archivs der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin für ihre Unterstützung während meiner diversen Recherchebesuche.

Solch eine Arbeit schreibt man alleine und doch nicht alleine. Ich hatte das Glück, Menschen an meiner Seite zu wissen, vor denen ich Thesen wagen und Gedanken aussprechen konnte, die mir widersprochen, aber und insbesondere die nötige Sicherheit geboten haben. Ohne Dr. Maren Becker und Dr. Maren Luy wäre die vorliegende Arbeit wohl nie entstanden. Danke, dass ihr mich ermutigt habt, diese Arbeit zu schreiben. Auch hat Dr. Maren Becker mich als aufmerksame Gesprächspartnerin über die gesamte Zeit begleitet. Ihren klugen Rat hätte ich zu keinem Zeitpunkt missen wollen. Dr. Asta von Kienitz danke ich für den Austausch über den Aufbau und die Grundzüge meiner Arbeit ganz herzlich. Von diesen Gesprächen hat der vorliegende Text sehr profitiert. Victoria von Werder, LL.M. hat mir Zweifel genommen, ist Gedankenwege prüfend und kritisch mitgegangen und wurde über die Zeit eine meiner wichtigsten Gesprächspartnerin-

nen. Mona Keller hat manch „flatterndes Denken“ durch ihre intelligenten Fragen und Gedanken eingefangen. Auch gilt mein Dank ihrer aufmerksamen Korrekturlektüre sowie ihrem steten Zuspruch, der mich durch mühevollere Phasen getragen hat. Jonathan Dressel hat durch wertvolle Reflexionen bei Spaziergängen an der Spree, durch unsere zeitweilige Bürogemeinschaft und unzählige Kaffeepausen in maßgeblicher Weise dazu beigetragen, dass die (gemeinsame) Promotionsphase eine schöne und erfüllende Zeit war. Ebenso danke ich Dir, lieber Jonathan, für Dein Talent ein so guter und loyaler Freund zu sein. Lisa (Liesel) Striegler danke ich für so Vieles: Für ihre kritische Lektüre dieser Arbeit, für ihren unermüdlichen Optimismus, ihr stets offenes Ohr, ihre klare Sicht, ihre Ermutigungen und ihren klugen Rat. Wenn nötig war und ist sie mein Kompass im dichten Nebel.

Zuletzt danke ich von Herzen ganz besonders meinen Eltern Anja und Michael Leusch sowie meinen Großeltern Maria und Alfons Schellhoff für ihren Rückhalt und ihre immerwährende Unterstützung. Nicht nur in der Phase der Promotion, sondern schon immer. Für diesen Dank gibt es keine Worte. Ohne sie wäre alles Nichts.

Berlin, im September 2024

Katharina Leusch

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungen	XXVII
Einleitung	1
A. Thematische Verortung und Fragestellung	1
B. Forschungsstand	5
C. Gang der Untersuchung	8
Erster Teil: Allgemeine Grundlagen. Das sozialistische Recht und das sozialistische Mehrparteiensystem der DDR	11
<i>Kapitel 1: Das sozialistische Recht und das Rechtsverständnis in der DDR</i>	13
A. Die Funktion des Rechts im Verständnis der sozialistischen Rechtstheorie der DDR	13
B. Zusammenfassung	32
<i>Kapitel 2: Das sozialistische Mehrparteiensystem und die wesentlichen Akteure dieses Systems</i>	33
A. Das sozialistische Mehrparteiensystem der DDR	33
B. Die Massenorganisationen	40
C. Demokratischer Block und Nationale Front	44
D. Zusammenfassung	48
Zweiter Teil: Das Parteiengesetz der DDR. Genese und Inhalt des ersten Parteiengesetzes in der Geschichte der DDR	49
<i>Kapitel 3: Der Zentrale Runde Tisch als Gesetzgebungsorgan der friedlichen Revolution</i>	51
A. Der Zentrale Runde Tisch und die Anfänge	53
B. „Wer oder was war der ‚Runde Tisch‘?“ – eine staatsrechtliche Betrachtung	64

<i>Kapitel 4: Die Entwürfe des PartG-DDR</i>	92
A. Thesenpapier der Fachberater des Zentralen Runden Tisches	92
B. Entwurf der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches	96
C. Entwurf der Regierungskommission	97
<i>Kapitel 5: Die parteirechtlichen Regelungen der DDR – ein Ausschnitt</i>	98
A. Weiter Geltungsbereich des PartG-DDR	98
B. Aufgabe der politischen Parteien	98
C. Parteiverbote	99
D. Parteieigene Unternehmen und Betriebe	99
E. Regelung der Rechte und Pflichten eines Parteimitglieds	102
<i>Kapitel 6: Das PartG-DDR als Transitionsrecht</i>	104
A. Transitionsrecht	107
B. Abgrenzungen	112
C. Erkenntnisse für das Recht der DDR	117
Dritter Teil: Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR	121
<i>Kapitel 7: Die rechtlichen Grundlagen der Unabhängigen Kommission</i>	123
A. Der Einigungsvertrag	123
B. Das PartG-DDR	124
C. Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen	176
<i>Kapitel 8: Aufbau und Tätigkeit der Unabhängigen Kommission vor und nach der Wiedervereinigung</i>	182
A. Der Weg zur Unabhängigen Kommission: Ihre Tätigkeit in der DDR vom 1. Juni bis zum 3. Oktober 1990	182
B. Die zweite Phase der Unabhängigen Kommission ab dem 3. Oktober 1990: Binnenorganisation und Struktur der Kommission	188
C. Konfliktfelder mit anderen Institutionen	247
<i>Kapitel 9: In- und Auslandsermittlungen</i>	254
A. Inlandsermittlungen	254
B. Auslandsermittlungen	277
<i>Kapitel 10: Gerichtsverfahren</i>	303
A. Die Unabhängige Kommission als Beigeladene gemäß § 65 Abs. 1 VwGO	304
B. Schwerpunkte der verwaltungsgerichtlichen Verfahren	305

C. Verwaltungsrechtsstreit der Novum GmbH gegen die Treuhandanstalt/BvS	305
D. Verwaltungsrechtsstreit Islamische Religionsgemeinschaft e.V. gegen die Treuhandanstalt/BvS	309
E. Analyse	314
F. Vergleichsvertrag und Vermögensverzicht der PDS	315
<i>Kapitel 11: Die Auflösung der Unabhängigen Kommission</i>	<i>319</i>
A. Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Auflösungsfrage	319
B. Übertragung der Restaufgaben	320
C. Offizielle Beendigung und gesetzgeberische Umsetzung	321
D. Vermögensverwendung nach Vorgabe des Einigungsvertrages	323
<i>Schlussbetrachtungen</i>	<i>325</i>
A. Zusammenfassende Ergebnisse	325
B. Ausblick	333
Literaturverzeichnis	335
Register	347

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungen	XXVII
Einleitung	1
A. Thematische Verortung und Fragestellung	1
B. Forschungsstand	5
I. Forschungsstand zum PartG-DDR und Zentralen Runden Tisch	5
II. Forschungsstand zur Unabhängigen Kommission	6
C. Gang der Untersuchung	8
Erster Teil: Allgemeine Grundlagen. Das sozialistische Recht und das sozialistische Mehrparteiensystem der DDR	11
<i>Kapitel I: Das sozialistische Recht und das Rechtsverständnis in der DDR</i>	13
A. Die Funktion des Rechts im Verständnis der sozialistischen Rechtstheorie der DDR	13
I. Die führende Rolle der SED	15
II. Der Instrumentalcharakter des Rechts: Die sozialistische Gesetzlichkeit	18
1. Die sozialistische Gesetzlichkeit als Gegenkonzept zur bürgerlichen Gesetzlichkeit	20
2. Der Inhalt der sozialistischen Gesetzlichkeit	22
a) Die Elemente der sozialistischen Gesetzlichkeit	23
aa) Die Parteilichkeit des Rechts	24
bb) Gesetzesbindung	28
b) Parteilichkeit und Einhaltung der Gesetze – ein Wechselspiel	30
B. Zusammenfassung	32

<i>Kapitel 2: Das sozialistische Mehrparteiensystem und die wesentlichen Akteure dieses Systems</i>	33
A. Das sozialistische Mehrparteiensystem der DDR	33
I. Die Gründung der SED als Einschnitt für das Parteiensystem	36
II. Keine normativen Regelungen für das sozialistische Mehrparteiensystem	38
B. Die Massenorganisationen	40
I. Funktionen der Massenorganisationen	41
II. Der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“	42
C. Demokratischer Block und Nationale Front	44
I. Der Demokratische Block	45
II. Die „Nationale Front der DDR“	46
D. Zusammenfassung	48
Zweiter Teil: Das Parteiengesetz der DDR. Genese und Inhalt des ersten Parteiengesetzes in der Geschichte der DDR	49
<i>Kapitel 3: Der Zentrale Runde Tisch als Gesetzgebungsorgan der friedlichen Revolution</i>	51
A. Der Zentrale Runde Tisch und die Anfänge	53
I. Das Selbstverständnis des Zentralen Runden Tisches	57
II. Fehleinschätzungen der oppositionellen Gruppen	58
III. Die politischen Ziele des Zentralen Runden Tisches	59
IV. Von der Kontrollinstanz zur Steuerungsinstanz: Die Abkehr vom eigenen Selbstverständnis	60
B. „Wer oder was war der ‚Runde Tisch‘?“ – eine staatsrechtliche Betrachtung	64
I. Meinungsstand	65
1. Der Zentrale Runde Tisch als Gesetzgebungsorgan	65
2. Ablehnung der Einordnung des Zentralen Runden Tisches als Gesetzgebungsorgan	66
II. Die charakteristischen Merkmale des Zentralen Runden Tisches	67
1. Parlamentsähnliche Organisation und Arbeitsweise	67
2. Keine demokratische Legitimation des Zentralen Runden Tisches	70
a) Keine demokratische Legitimation durch Akklamation	71
b) Der Mangel demokratischer Legitimation als spezifisches Merkmal Runder Tische	73
3. Eigene Geschäftsordnung	73

4. Gesetzgebungs- und Stabilisierungsfunktion	74
a) Gesetzgebungsfunktion	74
b) Stabilisierungsfunktion	76
III. Analyse	78
1. Einordnung: Der Zentrale Runde Tisch als Transitionsgesetzgeber	79
a) Transition	80
b) Transitionsgesetzgeber	83
c) In nuce: Die fünf Merkmale des Transitionsgesetzgebers	86
2. Die Suche nach Revolutionskontinuitäten: Das Vorparlament von 1848	86
a) Die Geschichte des Vorparlaments – ein historischer Exkurs	87
b) Das Vorparlament von 1848 und der Zentrale Runden Tisch – die Parallelen	90
3. Zwischenergebnis	91
IV. Zusammenfassung	91
<i>Kapitel 4: Die Entwürfe des PartG-DDR</i>	92
A. Thesenpapier der Fachberater des Zentralen Runden Tisches	92
I. Die Neuregelung des Vereinigungsrechts als Voraussetzung für ein PartG-DDR	92
II. Vorbild Parteiengesetz der BRD	94
III. Analyse des Thesenpapiers	95
B. Entwurf der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches	96
C. Entwurf der Regierungskommission	97
<i>Kapitel 5: Die parteirechtlichen Regelungen der DDR – ein Ausschnitt</i>	98
A. Weiter Geltungsbereich des PartG-DDR	98
B. Aufgabe der politischen Parteien	98
C. Parteiverbote	99
D. Parteieigene Unternehmen und Betriebe	99
I. § 15 PartG-DDR	99
II. § 23 PartG-DDR	101
E. Regelung der Rechte und Pflichten eines Parteimitglieds	102
<i>Kapitel 6: Das PartG-DDR als Transitionsrecht</i>	104
A. Transitionsrecht	107
I. Die Definition des Transitionsrechts	107
II. Das PartG-DDR als Idealtypus des Transitionsrechts	108
1. Das Transitionsmoment	108

2. Erstmals Normierung rechtsstaatlicher Verfahren und demokratischer Standards	109
3. Fehlende demokratische Legitimation des rechtsetzenden Organs	110
III. Die Anerkennung des Transitionsrechts durch die demokratisch legitimierte 10. Volkskammer	112
B. Abgrenzungen	112
I. Revolutionsrecht	112
II. Wiedervereinigungsrecht	114
III. Transitional Justice	114
C. Erkenntnisse für das Recht der DDR	117
Dritter Teil: Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR	121
<i>Kapitel 7: Die rechtlichen Grundlagen der Unabhängigen Kommission</i>	123
A. Der Einigungsvertrag	123
B. Das PartG-DDR	124
I. Die Verabschiedung des 1. Änderungsgesetzes zum PartG-DDR	124
II. Der Regelungsinhalt der §§ 20a, 20b PartG-DDR in der Fassung vom 31. Mai 1990 bis zum Inkrafttreten des Einigungsvertrages	125
1. § 20a PartG-DDR in der Fassung vom 31. Mai 1990	126
a) Einsetzung und gesetzlicher Auftrag der Unabhängigen Kommission	126
b) Relevanter Zeitraum für den Rechenschaftsbericht	126
c) Wirtschaftliche Betrachtungsweise	127
d) Umfassende Ermittlungskompetenzen der Unabhängigen Kommission	127
e) Gesetzlich festgelegter Tätigkeitszeitraum der Unabhängigen Kommission	127
2. § 20b PartG-DDR in der Fassung vom 31. Mai 1990	127
a) Zustimmungsvorbehalt	127
b) Treuhänderische Verwaltung des Sondervermögens	128
c) Zuständigkeit der treuhänderischen Verwaltung des Sondervermögens	128
III. Die Modifizierung der §§ 20a, 20b PartG-DDR durch die Maßgaberegulierung des Einigungsvertrages	128
1. Die Unabhängige Kommission im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung	128

2. Regelungshoheit hinsichtlich Einrichtung und Verfahrensweise der Unabhängigen Kommission	129
3. Regelmäßige Zwischenberichte der Unabhängigen Kommission an den Deutschen Bundestag	129
4. Übertragung der treuhänderischen Verwaltung auf die Treuhandanstalt/BvS – Direktorat Sondervermögen	129
5. Der primäre Zweck der Maßgaberegulung des Einigungsvertrages	130
a) Die Auffassungen innerhalb der Literatur	131
aa) Auffassung nach Christian Starck	131
bb) Auffassung nach Hans-Jürgen Papier	132
cc) Auffassung nach Hans Herbert v. Arnim	132
dd) Auffassung nach Hans-Peter Schneider	133
b) Auffassung der Unabhängigen Kommission	134
c) Analyse	135
6. Erwerb nach „materiell-rechtstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes“	137
a) Verletzung von Freiheits- und Eigentumsrechten Dritter	139
b) Ausnutzung der Führungsrolle der SED über Staat und Gesellschaft	139
c) Ausnutzung einer Gewalt- und Willkürherrschaft	140
d) Fallgruppen zur Konkretisierung	141
aa) Enteignungen	141
(1) Enteignungen zwischen 1933 und 1945	141
(2) Enteignungen während der sowjetischen Besatzungszeit	142
(3) Sonstige Enteignungen	143
(4) Enteignungsgleiche Eingriffe	143
bb) Kauf	144
cc) Tausch	145
dd) Einnahmen aus „Gewinnabführung“ und Entnahme aus Unternehmen und Betrieben	146
ee) Staatszuweisungen	147
ff) Erbschaft und Schenkung	148
gg) Mitgliedsbeiträge	148
7. Verwendung des Sondervermögens im Sinne der Maßgaberegulung des Einigungsvertrages	149
a) Restitution an die früher Berechtigten oder deren Rechtsnachfolger	150

	b) Gemeinnützige Zwecke	151
	c) Rückführung an die Parteien und sonstigen Organisationen	152
IV.	Feststellung der ermittlungsrelevanten Parteien und sonstigen Organisationen	154
	1. Politische Parteien i. S. d. §§ 20a, 20b PartG-DDR	154
	2. Verbundene Organisationen, juristische Personen und Massenorganisationen	156
	a) Verbundene Organisationen und Massenorganisationen	156
	b) Verbundene juristische Personen	157
	c) Zwischenergebnis	158
	3. Verbundenheit bei einer neu gegründeten Organisation und juristischen Person	159
	a) Direkte Anwendung des § 20b PartG-DDR	159
	b) Analoge Anwendung des § 20b PartG-DDR	159
	c) Zwischenergebnis	160
	4. Anwendung des § 20b PartG-DDR auf natürliche Personen	160
	a) Historisches Argument	161
	b) Systematisches Argument	161
	c) Zwischenergebnis	161
V.	Alt- und Neuvermögen	162
	1. Vermögensbegriff des PartG-DDR	162
	2. Neuvermögen	162
	3. Altvermögen	163
	4. Altlasten der Parteien und sonstigen Organisationen	163
	5. Vermischung von Alt- und Neuvermögen	164
VI.	Der Zustimmungsvorbehalt nach § 20b Abs. 1 PartG-DDR	165
	1. Der Zustimmungsvorbehalt des § 20b Abs. 1 PartG-DDR als öffentlich-rechtliche Ermächtigungsgrundlage	166
	2. Zivilrechtliche Rechtsnatur des Zustimmungsvorbehalts	167
	a) Einschränkung der gesetzlichen Gestaltungsmacht	167
	b) Relatives Veräußerungsverbot	168
	c) Absolutes Verfügungsverbot i. S. d. § 134 BGB	168
	d) Analyse	169
	3. „Vermögensveränderung“ i. S. d. § 20b Abs. 1 PartG-DDR	170
	a) Ausschließlich dingliche Rechtsgeschäfte	170
	b) Dingliche Rechtsgeschäfte und Verpflichtungsgeschäfte	171
	4. Zivilrechtliche Folgen des absoluten Veräußerungsverbots i. S. d. § 134 BGB	172
VII.	Anspruch auf Zustimmungserteilung nach § 20b Abs. 1 PartG-DDR	173

1. Anspruch der Parteien und Organisationen auf Erteilung der Zustimmung nach § 20b Abs. 1 PartG-DDR	173
2. Anspruch Dritter auf Erteilung der Zustimmung nach § 20b Abs. 1 PartG-DDR	174
VIII. Verfassungsmäßigkeit des § 20b Abs. 1 und 2 PartG-DDR	174
C. Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen	176
I. Anwendungsbereich des VermG	177
II. Vermögensämter als Restitutionsbehörde – ein Kompetenzkonflikt	178
III. Direkte oder analoge Anwendung der Vorschriften des VermG	180
<i>Kapitel 8: Aufbau und Tätigkeit der Unabhängigen Kommission vor und nach der Wiedervereinigung</i>	<i>182</i>
A. Der Weg zur Unabhängigen Kommission: Ihre Tätigkeit in der DDR vom 1. Juni bis zum 3. Oktober 1990	182
I. Die Einsetzung und Entwicklung der Unabhängigen Kommission seit dem 1. Juni 1990	182
1. Praktische Probleme	183
2. Rechtliche Probleme	185
II. Protest in Folge der Einsetzung der Unabhängigen Kommission	187
III. Zwischenresümee der Kommissionstätigkeit	188
B. Die zweite Phase der Unabhängigen Kommission ab dem 3. Oktober 1990: Binnenorganisation und Struktur der Kommission	188
I. Die Parteivermögenskommissionsverordnung	189
1. Erlass der Parteivermögenskommissionsverordnung	189
2. Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes	191
II. Die Unabhängige Kommission als Kollegialorgan	192
1. Die Verfahrens- und Organisationsvorschriften der Unabhängigen Kommission	192
a) Name und Sitz der Unabhängigen Kommission	192
b) Die Mitglieder und der Vorsitz der Unabhängigen Kommission	193
c) Das Ausscheiden und die Abberufung von Kommissionsmitgliedern	194
d) Befangenheit eines Kommissionsmitglieds	195
e) Die Berufung neuer Kommissionsmitglieder	196
f) Verschwiegenheitspflicht der Kommissionsmitglieder	196
g) Aufwandsentschädigung	197
h) Die Rechtsaufsicht der Bundesregierung und das Merkmal der Unabhängigkeit	198

aa)	Rechtsaufsicht	198
bb)	Die Unabhängigkeit der Kommission	200
i)	Sitzungen und Tagesordnung der Unabhängigen Kommission	201
j)	Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt/BvS	203
aa)	Die Unabhängige Kommission als Einvernehmensbehörde der Treuhandanstalt/BvS	203
bb)	Gestaltungsspielraum für die bilaterale Aufgabenorganisation	204
2.	Der gesetzliche Auftrag der Unabhängigen Kommission	204
a)	Prüfung der eingereichten Rechenschaftsberichte	204
b)	Feststellung der betroffenen Parteien und politischen Organisationen und der relevanten Vermögenswerte	205
3.	Ermittlungsbefugnisse der Unabhängigen Kommission	206
a)	Umfang des Beschlagnahmerechts	207
b)	Ermittlungen im Zusammenhang mit der PDS	208
c)	Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei Parlamentsabgeordneten	210
III.	Das Sekretariat als Verwaltungsorgan	211
1.	Die Aufgaben und Kompetenzen des Sekretariats	211
a)	Die Führung der „laufenden Geschäfte“ der Unabhängigen Kommission	211
b)	Die „laufenden Geschäfte“ der Kommission und ihre Grenzen	212
aa)	Extensive Auslegung der „laufenden Geschäfte“	213
bb)	Restriktive Auslegung der „laufenden Geschäfte“	214
cc)	Ergänzung des § 8 PVKV	214
dd)	Lösung durch Beschluss der Unabhängigen Kommission	214
c)	Unterrichtungspflicht gegenüber der Treuhandanstalt/BvS	215
d)	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	215
2.	Kompetenzübertragung der Kommission auf das Sekretariat und die Wahrnehmung von Eilentscheidungen	215
3.	Ermittlungsmethoden und Arbeitsweise	216
a)	Prüfung der Buchhaltung und Konten	216
b)	Befragung von Zeugen und Sachverständigen	219
c)	Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Ermittlungsbehörden	220
aa)	Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Berlin und der ZERV	220

bb) Zusammenarbeit mit dem BStU	221
d) Vermögensermittlung vor Ort	221
e) Aussetzung von Belohnungen	222
4. Binnenorganisation des Sekretariats	224
a) Leitung und Mitarbeiter	224
b) Geschäftsordnung des Sekretariats	226
c) Fachreferate des Sekretariats	226
aa) Referat PV 1: Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten, Massenorganisationen, Verwaltung	227
(1) Verwaltung des Sekretariats	227
(2) Ermittlungen der unter die §§ 20a, 20b PartG-DDR fallenden Massenorganisationen und Feststellung ihres Vermögens	228
(3) Erledigung der allgemeinen und grundsätzlichen Kommissionsangelegenheiten	229
(a) Gesamtdredaktion der Kommissionsberichte	229
(b) Beantwortung der Kleinen Anfragen aus dem parlamentarischen Raum	230
(c) Ausarbeitung des Kriterienpapiers	231
(d) Vorbereitung der Kommissionssitzungen und -entscheidungen	231
(e) Pressearbeit	231
(f) Prozessführung	231
bb) Referat PV 2: PDS-Finzen allgemein, echte PDS-Beteiligungen	232
(1) Ermittlungstätigkeit im Rahmen der PDS-Finzen und PDS-Beteiligungen	232
(2) Sonstige Verwaltungs- und Steuerungsaufgaben	234
(a) Zusammenarbeit mit Wirtschaftsprüfungs- gesellschaften und Bankinstituten	234
(b) Die Auseinandersetzung um die Aufwandsentschädigungen	235
cc) Referat PV 3: PDS-Beteiligungen über Darlehen, wirtschaftliches Eigentum der PDS an gewerblichen Unternehmen, PDS-Auslandsvermögen	237
dd) Referat PV 4: PDS- und FDGB-Grundstücke	238
(1) Trennung von Grundstücks- und Gebäudeeigentum	239
(2) Grundstückstauschverträge	240
(3) Unzureichende Aktenlage	242
ee) Referat PV 5: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	242

ff) Referat PV 6: Blockparteien, FDJ	244
(1) Blockparteien	244
(2) FDJ	246
C. Konfliktfelder mit anderen Institutionen	247
I. Die Unabhängige Kommission und die Treuhandanstalt/BvS	247
1. Kompetenzverteidigungen	247
2. Vergleichsverhandlungen mit der PDS	249
II. Das Akteneinsichtsrecht der einzelnen Kommissionsmitglieder	250
III. Die Unabhängige Kommission und die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse	251
1. Spannungsverhältnis zwischen der Unabhängigen Kommission und dem Untersuchungsausschuss zum „DDR-Parteivermögen“	252
2. Das „Vorsitzendenverfahren“	252
<i>Kapitel 9: In- und Auslandsermittlungen</i>	254
A. Inlandsermittlungen	254
I. Methodisches Vorgehen	255
II. Das Vermögen der SED/PDS	256
1. Der Sonderparteitag der SED und die „Arbeitsgruppe zum Schutz des Parteivermögens“	256
2. Feststellungen der Unabhängigen Kommission	260
a) Transport- und KfZ-Instandhaltung GmbH	261
aa) Bewegliches Anlagevermögen	261
bb) Darlehensgewährung an die TKI als vermögenssichernde Maßnahme	262
cc) Erlösquote als Indikator für Begünstigungen zugunsten der PDS nahestehenden Unternehmen	263
b) „Schrank 28“ – Sonderfonds der SED/PDS	264
c) Veräußerungen an die Spreehotel GmbH	264
d) Veräußerungen von Materialien an die Volkskammer	265
e) Umbewertungen und Abschreibungen des beweglichen Anlagevermögens	266
3. Fehlende und unvollständige Belege der PDS	266
4. Vermögensangaben der PDS in ihren Vermögens- und Rechenschaftsberichten	267
a) Allgemeine Aussagen zu den Vermögens- und Rechenschaftsberichten der PDS	267
b) Die Vermögensberichte der PDS	268
aa) Grundvermögen	269
bb) Geldbestände	269

cc) Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Mitgliedsbeiträgen	270
dd) Verbindlichkeiten und Fonds	271
ee) Auslandsvermögen	271
5. Vergleich der Vermögensberichte der PDS mit den Feststellungen der Unabhängigen Kommission	272
III. Das Vermögen des FDGB	273
1. Grundeigentum	273
a) Tauschgeschäfte	273
b) SMAD-Zuweisungen	274
c) Enteignungen – „Aktion Rose“	274
d) Einschränkung der Gewerbetätigkeit	274
2. Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Solidaritätseinnahmen	275
3. Subventionserschleichung	276
4. Untersuchungsergebnis der Unabhängigen Kommission	276
B. Auslandsermittlungen	277
I. Auslandsvermögen der SED	277
1. Auslandsvermögen bis zum Herbst 1989	279
a) Geschäftsaktivitäten vor der Gründung der Kommerziellen Koordinierung	280
b) Gründung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung	281
c) Die Geschichte der „Parteifirmen“ und ihre eigentumsrechtliche Zuordnung	283
d) Ermittlungsergebnis der Unabhängigen Kommission im Kontext der „Parteifirmen“	285
2. Auslandsvermögen der SED ab Herbst 1989	287
II. Extraterritoriale Geltung der §§ 20a, 20b PartG-DDR	288
1. Das völkerrechtliche Territorialitätsprinzip als Grenze staatlicher Jurisdiktionsgewalt	289
2. Internationale Rechtshilfe	289
3. Internationale Amtshilfe	290
III. Ermittlungshindernisse und -probleme	291
1. Ermittlungstätigkeit in Ungarn	292
a) Durchführung der Ermittlungen und Kooperation mit den ungarischen Behörden	292
b) Einsetzung der Gemeinsamen Deutsch-Ungarischen Kommission	293
c) Tätigkeit und Arbeitsweise der Gemeinsamen Deutsch-Ungarischen Kommission	294

2. Ermittlungstätigkeit in Liechtenstein, Luxemburg und der Schweiz	297
3. Ermittlungstätigkeit in Österreich	298
a) Geschichte und Tätigkeit der Novum GmbH	298
b) Ermittlungen der Unabhängigen Kommission im Novum-Komplex	300
IV. Kein Erfolg der Auslandsermittlungen	301
<i>Kapitel 10: Gerichtsverfahren</i>	303
A. Die Unabhängige Kommission als Beigeladene gemäß § 65 Abs. 1 VwGO	304
B. Schwerpunkte der verwaltungsgerichtlichen Verfahren	305
C. Verwaltungsrechtsstreit der Novum GmbH gegen die Treuhandanstalt/BvS	305
I. Die zu klärende Rechtsfrage im Novum Verfahren	306
II. Erstinstanzliches Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin	307
III. Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin	308
D. Verwaltungsrechtsstreit Islamische Religionsgemeinschaft e.V. gegen die Treuhandanstalt/BvS	309
I. Die zu klärende Rechtsfrage im Verfahren Islamische Religionsgemeinschaft e.V.	310
II. Erstinstanzliches Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin	311
III. Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin	311
IV. Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht	312
V. Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht . . .	313
VI. Individualbeschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	313
E. Analyse	314
F. Vergleichsvertrag und Vermögensverzicht der PDS	315
I. Vergleichsverhandlungen zwischen der Unabhängigen Kommission und der PDS	316
II. Der Vergleichsvertrag vom 18. Juli 1995	316
1. Rückgabe von Liegenschaften an die PDS und die Verwendung der Kunstgegenstände	317
2. Keine Freistellung von Sozialplanleistungen	317
3. Forderungsverzicht	317
4. Mitwirkungs- und Offenbarungspflichten der PDS	318

<i>Kapitel 11: Die Auflösung der Unabhängigen Kommission</i>	319
A. Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Auflösungsfrage	319
B. Übertragung der Restaufgaben	320
C. Offizielle Beendigung und gesetzgeberische Umsetzung	321
I. Offizielle Beendigung der Tätigkeit der Unabhängigen Kommission	321
II. Gesetzgeberische Umsetzung der Auflösung der Unabhängigen Kommission	323
D. Vermögensverwendung nach Vorgabe des Einigungsvertrages	323
<i>Schlussbetrachtungen</i>	325
A. Zusammenfassende Ergebnisse	325
I. PartG-DDR als Transitionsrecht	325
II. Zusammenfassende Thesen zum PartG-DDR	326
III. Unabhängige Kommission	327
IV. Zusammenfassende Thesen zur Unabhängigen Kommission	332
B. Ausblick	333
Literaturverzeichnis	335
Register	347

Abkürzungen

Abs.	Absatz
AG	Arbeitsgruppe
Anm d. Verf.	Anmerkung der Verfasserin
AöR	Archiv des Öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bln.	Berlin
BMI	Bundesministerium des Innern
BND	Bundesnachrichtendienst
bspw.	beispielsweise
BStU	Beauftragter für die Stasi-Unterlagen
BRD	Bunderepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BvS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CG	Chemische Gesellschaft der DDR
CHF	Schweizer Franken
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschland
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund DDR
DtZ	Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift

DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrecht
EinigVtr	Einigungsvertrag
et. al.	et alii
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
e.V.	eingetragener Verein
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FEDI	Ferendienst
FIU	Financial Intelligence Unit
Fn.	Fußnote
GBI.	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
HRC	Handelsregister Teil C
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i. d. F.	in der Fassung
InVorG	Investitionsvorranggesetz
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
KB	Kulturbund
KG	Kommanditgesellschaft
KJ	Kritische Justiz
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
lit.	littera
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LG	Landgericht
MAI	Ministerium für Außenhandel und Innerdeutsche Wirtschaft
MFS	Ministerium für Staatssicherheit
Mio.	Million
MNB	Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank)
Mrd.	Milliarden
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen

NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEB	Organisationseigener Betrieb
OG	Oberstes Gericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PartG	Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland
PartG-DDR	Gesetz über Parteien und andere politische Vereinigungen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages
PVKV	Parteivermögenskommissionsverordnung
PVKV-E	Entwurf der Parteivermögenskommissionsverordnung
RGZ	Reichsgericht in Zivilsachen
RHiÜbkG	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen
Rn.	Randnummer
SBZ	Sozialistische Besatzungszone
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u. a.	unter anderem
UKPV/UK	Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR
UmwVO	Umwandlungsordnung
Urt.	Urteil
THA	Treuhandanstalt
TM/TDM	Tausend Mark/Tausend Deutsche Mark
TreuHG	Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
Verf. TH	Verfassung Thüringen
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VOB	Volkseigener Betrieb
Vol.	Volumen
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

XXX

Abkürzungen

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VZOG	Gesetz über die Feststellung der Zuordnung von ehemals volkseigenem Vermögen
WD	Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages
WP	Wahlperiode
ZERV	Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität
ZIJ	Zentralinstitut für Jugendforschung
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZK	Zentralkomitee
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO-DDR	Zivilprozessordnung DDR
ZRT	Zentraler Runder Tisch
ZSEG	Gesetz über Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen

Einleitung

A. Thematische Verortung und Fragestellung

„Wer hatte bei aller Rhetorik, noch mit so etwas wie der Wiedervereinigung gerechnet – und wer hatte sie überhaupt noch gewollt? Willy Brandt jedenfalls hatte 1984 in den Münchner Kammerspielen behauptet, daß die deutsche Frage nicht mehr offen sei; und das Publikum war’s zufrieden. Außerhalb des Theaterraums, draußen im Lande, dürfte die Stimmung so verschieden nicht gewesen sein“.¹

In etwa so muss die „innere Situation der Bundesrepublik“² Ende der 1980er-Jahre ausgesehen haben, bevor die westdeutsche Gesellschaft und Politik durch die friedliche Revolution und die Öffnung der Mauer im Herbst 1989 „eiskalt erwischt worden ist“³. Auch die deutsche Staatsrechtslehre schien die „Implosion der DDR“⁴ mit einer gewissen Überraschung getroffen zu haben. So ist die Sondertagung der Staatsrechtlervereinigung im April 1990 mit den Worten eröffnet worden: „Niemand war auf den Wandel vorbereitet, auch nicht die deutsche Staatsrechtslehre“.⁵

Die friedliche Revolution evozierte jedoch nicht nur überraschte Eröffnungsrufe, vielmehr stellten sich mit ihr eine Vielzahl komplexer Fragen – verfassungs-, zivil- und strafrechtlicher Natur. Eine die Staatsrechtslehre eingehend beschäftigende Fragestellung war dabei jene nach dem Umgang mit der vorrechtsstaatlichen Vergangenheit der DDR.⁶

¹ *Habermas*, Die nachholende Revolution, S. 206.

² *Habermas*, Die nachholende Revolution, S. 206.

³ *Habermas*, Die nachholende Revolution, S. 206; so auch *Brunner* in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR I, § 10 Rn. 1.

⁴ *Stolleis*, Sozialistische Gesetzlichkeit, S. 7.

⁵ *Vogel*, VVDStRL 1990, Bd. 49, S. 5.

⁶ Bereits am 27. April 1990 – neun Tage nach der ersten freien Volkskammerwahl – trat die Vereinigung der Staatsrechtslehrer in Berlin zu einer Sondertagung zusammen, um sich mit „Deutschlands aktuelle[r] Verfassungslage“ zu befassen. Eineinhalb Jahre waren vergangen und die gesammelte Staatsrechtslehre kam erneut zusammen und tagte vom 2. bis 5. Oktober 1991 in Gießen u. a. zu dem Beratungsgegenstand „Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vorrechtsstaatlichen Vergangenheit“, siehe VVDStRL 1990, Bd. 51.

Mit dem erfüllten Wiedervereinigungsauftrag des Art. 23 GG a.F. konnte die Vergangenheit der DDR nicht in den Mantel des Schweigens gehüllt werden. Vielmehr war allen Beteiligten in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik bewusst, dass dieses Erbe einer Aufarbeitung⁷ bedurfte. Der Rechtsstaat war hierbei der zentrale Ankerpunkt. So ging es doch darum, das Unrecht einer vier Jahrzehnte währenden Parteidiktatur sowohl rechtlich als auch politisch und gesellschaftlich aufzuarbeiten. Insbesondere mussten die entstandenen „Diktaturschäden“⁸ kompensiert werden, sei es durch (finanzielle) Wiedergutmachung, Rehabilitation oder justizielle Aufarbeitung.⁹ Ebenso evident war, dass nicht jeder „Diktaturschaden“ mit den Mitteln des Rechts und des Rechtsstaates behoben werden konnte.¹⁰

Mit der Vergangenheitsaufarbeitung stellte sich die Frage nach ihrem rechtlichen Maßstab. Dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR „mit ihrer Vergangenheit unter die Geltung des Grundgesetzes gelangt [waren]“,¹¹ bot folglich Anlass zur Diskussion, ob das Grundgesetz als Maßstab für die Beurteilung des in der DDR geschehenen Unrechts überhaupt herangezogen werden konnte. Mit anderen Worten: Konnte der Rechtsstaatsbegriff des Grundgesetzes als Beurteilungsmaßstab auf innerstaatliche Akte in der DDR angewendet werden?

Das Grundgesetz als Ganzes konnte, auch über den Weg des grundgesetzlichen Wiedervereinigungsauftrags, „nicht nachträglich zum Maßstab für die Beurteilung innerstaatlicher Maßnahmen des SED-Regimes in der ehemaligen DDR“¹² herangezogen werden. Vielmehr galt „ein Rechtsstaatsbegriff im Sinne elementarer Grundsätze formeller und materieller Art [...], die von zivilisierten Staaten anerkannt sind“.¹³ Diese elementaren Grundsätze – Gewaltenteilung oder das Recht auf Leben und Freiheit – sind solche, die seit der Französischen Erklärung der Menschenrechte von 1789 in Verfassungsstaaten westlicher Prä-

⁷ Siehe zur Kritik des Aufarbeitungsbegriffs *Adorno*, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Adorno (Hrsg.), *Erziehung zur Mündigkeit*.

⁸ *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, Bd. 51, S. 12.

⁹ *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, Bd. 51, S. 11.

¹⁰ *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, Bd. 51, S. 12; auch *Schulze-Fielitz*, *DVBl.* 1991, 893 (906); *Quaritsch*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, S. 129.

¹¹ *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, Bd. 51, S. 11.

¹² *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, Bd. 51, S. 18.

¹³ *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, *VVDStRL* 1991, Bd. 51, S. 11.

gung unumstößliche Wirkung entfaltet haben und fester Bestandteil ihrer Verfassungsdokumente geworden sind.¹⁴ Der für die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit der DDR maßgebliche Rechtsstaatsbegriff war mithin nicht jener des Grundgesetzes. Jedoch mit einer Ausnahme. In den Fällen, in denen es „für den demokratischen Willensbildungsprozess in Deutschland unabdingbar“¹⁵ war, wurde der grundgesetzliche Maßstab zugrunde gelegt. Als bedeutsamstes Beispiel für die Anwendung des grundgesetzlichen Maßstabs galt das (Ein-)Parteiensystem, denn die Parteien der ehemaligen DDR, insbesondere die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) als Rechtsnachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die nach der Wiedervereinigung im gesamtdeutschen Parteiensystem mitwirkten, hatten ihr Vermögen zu einem Großteil auf unlauteren und rechtsstaatswidrigen Wegen erlangt. Mit den späteren Worten des Einigungsvertrages gesprochen, ist das Vermögen „nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes“ in die Verfügungsgewalt der Parteien gelangt. Dieser Vermögenserwerb wirkte nach der Wiedervereinigung im gesamtdeutschen Parteiensystem fort und konnte damit die Chancengleichheit zwischen den politischen Parteien aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Art. 3 Abs. 1 i. V. m. Art. 38 Abs. 1 GG tangieren.

Bereits im Zuge der friedlichen Revolution wurden in der DDR Gesetze verabschiedet, die als Abkehr von der Parteidiktatur der SED und damit von der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit gelesen werden müssen. Obschon der Wille der Bevölkerung der DDR im Herbst/Winter 1989/90 noch nicht eindeutig in Richtung einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wies, war indes klar, dass die DDR sich von einem diktatorischen Regime in einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wandeln sollte. Für diesen Systemübergang waren normative Grundlagen erforderlich, mithin Gesetze, die diesen Übergang und den damit einhergehenden Demokratisierungsprozess gleichsam vorbereiteten.

Das „Gesetz über Parteien und andere politische Vereinigungen“¹⁶ (PartG-DDR) war ein solches Gesetz. Es wurde in den Wirren der friedlichen Revolution am Zentralen Runden Tisch erarbeitet, von der Volkskammer am 21. Februar 1990 verabschiedet und war ein grundlegender Baustein für die Vorbereitung der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Auf den ersten Blick scheint es ein Fremdkörper in der sozialistischen Rechtsordnung gewesen zu sein. Bei näherem Hinsehen erweist es sich als notwendige Bedingung für die freiheit-

¹⁴ Zur Ideengeschichte des Rechtsstaatsbegriffs siehe *Schultze-Fielitz*, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. 2, Art. 20 (Rechtsstaat) Rn. 1 ff.; *Schmidt-Aßmann*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR I, § 24 Rn. 10 ff.

¹⁵ *Starck*, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, VVDStRL 1991, Bd. 51, S. 18.

¹⁶ Nachfolgend nur PartG-DDR; Gesetz vom 21.2.1990 (GBl DDR I, S. 66).

lich-demokratische Staatswerdung der DDR und damit ihrer Transition von einer Diktatur in eine Demokratie. Das PartG-DDR stellt damit eine besondere Rechtsmaterie dar. Die Genese dieses Gesetzes zeigt ferner und lässt verstehen, wie der Systemumbruch im Zuge der friedlichen Revolution verlief. Ein demokratisches System ist nach dem Zusammenbruch eines diktatorischen Systems nicht einfach Realität und es etabliert sich freilich nicht aus sich selbst heraus. Vielmehr bedarf es handelnder Akteure, die den historischen Moment begreifen und die freiheitlich-demokratische Staatswerdung (legistisch) begleiten. Auch die friedliche Revolution kannte einen solchen Akteur – den Zentralen Runden Tisch.

Damit jedoch nicht genug, beinhaltete das PartG-DDR zugleich mit seinen §§ 20a und 20b PartG-DDR¹⁷ die rechtliche Grundlage für die Einsetzung der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR¹⁸ – einer Kommission ohne historisches Vorbild, die noch in den letzten Monaten der DDR am 1. Juni 1990 eingesetzt wurde und durch die Regelungen des Einigungsvertrages ihre Tätigkeit auch nach der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik fortführen konnte. Mit dem Einigungsvertrag wurden auch die beiden maßgeblichen parteirechtlichen Normen, die §§ 20a und 20b PartG-DDR, in die gesamtdeutsche Rechtsordnung überführt, sodass deren Wirkung nicht mit dem Untergang der DDR endete, sondern auch nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten weiterverfolgt werden konnte; ehemaliges DDR-Recht, das in der Rechtswirklichkeit der Bundesrepublik weiterexistierte.

Der Unabhängigen Kommission oblag die Ermittlung, die treuhänderische Verwaltung,¹⁹ die Prüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR sowie die Erstellung eines Vermögensberichts. Diejenigen Vermögenswerte, die nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes in das Vermögen der Parteien und sonstigen Organisationen gelangt waren, wurden restituiert oder nach den im Einigungsvertrag vorgesehenen gemeinnützigen Zwecken verwendet. Sie war bis zum 15. Dezember 2006 tätig und ermittelte rund 1,6 Mrd. Euro.

Die mannigfaltigen Herausforderungen der Wiedervereinigung zeigen sich in ihr wie unter einem Brennglas. Die erste Tätigkeitsphase bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 war geprägt durch die Überforderung der handelnden Akteure, eine fehlende materielle Ausstattung, die eine Ermittlungstätigkeit auch

¹⁷ Diese beiden Paragraphen wurden erst mit dem 1. Änderungsgesetz zum PartG-DDR vom 31. Mai 1990 in das PartG-DDR eingefügt.

¹⁸ Nachfolgend nur Unabhängige Kommission.

¹⁹ Zunächst oblag der Unabhängigen Kommission die treuhänderische Verwaltung des Organisationsvermögens. Durch die Modifizierung in den Maßgaberegelungen des Einigungsvertrages wurde diese Kompetenz auf die Treuhandanstalt/BvS übertragen.

nur im Ansatz möglich gemacht hätte sowie die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Parteien und Massenorganisationen, die nicht fähig und willens waren Rechenschaftsberichte über ihr Organisationsvermögen vorzulegen und sich ferner schweigsam zeigten, wenn es um weitere Vermögensauskünfte ging. Damit gleicht die Ermittlungstätigkeit der Unabhängigen Kommission einer Reise durch die Geschichte der DDR sowie der wiedervereinigten Bundesrepublik, die Irrungen und Wirrungen überstehen musste. Mit der Fortführung der Kommission nach der Wiedervereinigung verbesserte sich Vieles, aber reibungslose Abläufe waren auch unter der Ägide des nunmehr zuständigen Bundesinnenministeriums nicht immer gegeben.

„Jeder Umsturz und jeder staatliche Zusammenbruch hat seine Besonderheiten“²⁰ – so auch die friedliche Revolution mit ihrem in der Umbruchphase erzeugten Recht und den daran beteiligten Akteuren. Eingedenk dessen stellen sich zu Beginn dieser Untersuchung zwei Fragen. Zunächst soll eruiert werden, wie das PartG-DDR, als rechtliches Erzeugnis der friedlichen Revolution, rechtstheoretisch zu erklären und einzuordnen ist. Ferner soll die Frage beantwortet werden, ob die Unabhängige Kommission ihren gesetzlichen Auftrag hinsichtlich des Vermögens der SED/PDS sowie hinsichtlich des Vermögens des FDGB erfüllt hat.

B. Forschungsstand

I. Forschungsstand zum PartG-DDR und Zentralen Runden Tisch

Die Forschungslage zum PartG-DDR und zum Entstehungskontext dieses Gesetzes ist sehr überschaubar. Der Sammelband „Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht“, herausgegeben von *Tsatsos*, bot erstmals einen Überblick über die Anfänge des Parteienrechts in der DDR. So analysierte *Hennig*²¹ in ihrem Beitrag die Parteienfinanzierung und die Rechtsgrundlagen für die Finanzregelungen der Parteien vor und nach 1989. *Mand*²² wiederum zeichnete den Weg zum ersten PartG-DDR nach und veranschaulichte diesen durch die Fokussierung auf die Diskussionsschwerpunkte der Arbeitsgruppe „Parteien- und Vereinigungsgesetz“. *Morlok*²³ untersuchte die parteienrechtlichen Regelun-

²⁰ *Bertram*, *Widerstand und Revolution*, S. 10.

²¹ *Hennig*, in: *Tsatsos* (Hrsg.), *Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht*, S. 147–174.

²² *Mand*, in: *Tsatsos* (Hrsg.), *Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht*, S. 15–28.

²³ *Morlok*, in: *Tsatsos* (Hrsg.), *Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht*, S. 89–103.

gen im Lichte des Gebots der innerparteilichen Demokratie und *Friedrich*²⁴ befasste sich mit den sozialistischen Parteien in der Verfassungsordnung der DDR vor und nach der Wiedervereinigung.

Thaysen hat mit seinen verschiedenen Untersuchungen und Darstellungen die Tätigkeit des Zentralen Runden Tisches wissenschaftlich zugänglich gemacht, dies jedoch aus einer rein politikwissenschaftlichen Perspektive. In seinen Aufsätzen „Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk Teil I und Teil II“²⁵ sowie in dem Beitrag²⁶ für die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, schilderte er das Wirken dieses Gremiums. Er setzte sich mit der Funktionsfrage, der Vorgeschichte, den Rahmenbedingungen seiner Einsetzung, den am Runden Tisch sitzenden Mitgliedern sowie mit der Verflechtung dieses Gremiums in den politischen Alltag auseinander. In seiner Studie zum Zentralen Runden Tisch reflektierte und analysierte er breiter über die obengenannten Fragen, nahm ferner freilich neue Aspekte auf, wie etwa die Frage: „Der Runde Tisch als Exponent neuer/alter DDR-Identitäten?“²⁷ Überdies hat *Thaysen* die Wortprotokolle und Dokumente des Zentralen Runden Tisches zugänglich gemacht, die u. a. einen Eindruck über das Zustandekommen des PartG-DDR verschaffen.²⁸

Auch die staatsrechtliche Literatur setzte sich nach 1989/90, wenngleich nur cursorisch, mit dem Zentralen Runden Tisch auseinander. Im Kern ging es allen Beiträgen um eine staatsrechtliche Kategorisierung des Zentralen Runden Tisches. Aufschlussreich sind für diesen Kontext die Beiträge von *Fiedler*²⁹, *Luchterhandt*³⁰, *Kilian*³¹ sowie *Haverkate*³².

II. Forschungsstand zur Unabhängigen Kommission

Für die Unabhängige Kommission ist zu sagen, dass der Schwerpunkt der bisherigen Forschungsarbeiten vor allem in der Auseinandersetzung mit der treuhänderischen Verwaltung des Sondervermögens der Parteien und sonstigen Organi-

²⁴ *Friedrich*, in: Tsatsos (Hrsg.), Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht, S. 175–201.

²⁵ *Thaysen*, ZParl 1990, 71; ZParl 1990, 258.

²⁶ *Thaysen/Kloth*, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Deutscher Bundestag (Hrsg.), 12. Wahlperiode, Bd. VII/2.

²⁷ *Thaysen*, Der Zentrale Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, S. 138 ff.

²⁸ *Thaysen*, Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokolle und Dokumente, Bd. I–V.

²⁹ *Fiedler*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR VIII, § 184 Rn. 29.

³⁰ *Luchterhandt*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR VIII, § 185 Rn. 3.

³¹ *Kilian* in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR I, § 12 Rn. 40.

³² *Haverkate*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR IX, § 209 Rn. 20.

sationen lag. So setzte sich *Berger*³³ mit der treuhänderischen Verwaltung des Sondervermögens, als Aspekt der Aufarbeitung vor-rechtsstaatlicher Vergangenheit, auseinander. Dabei analysierte er die Instrumente der treuhänderischen Verwaltung, die verwaltungspraktische Umsetzung und fragte nach der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des gewählten Rechtsinstrumentariums. *Bremer*³⁴ befasste sich in seiner Arbeit mit der „Treuhand und Jurisdiktionsbefugnis“, indem er die völkerrechtlichen Grenzen staatlicher Rechtssetzung und -durchsetzung bei der treuhänderischen Verwaltung des ausländischen Sondervermögens auslotete. Er nahm die auslandsbezogene Tätigkeit der Treuhandanstalt/BvS³⁵ aus einer völkerrechtlichen respektive kollisionsrechtlichen Perspektive in den Blick und untersuchte die Jurisdiktionsproblematik, die sich bei der extraterritorialen Anwendung des § 20b PartG-DDR ergaben.³⁶ Das Gutachten von *Arnims*³⁷ behandelte schwerpunktmäßig die Auslegung der Maßgaberegelung Satz 4 der Anlage II, Kapitel II, Sachgebiet A, Abschnitt III, lit. d) des Einigungsvertrages. Dabei ging er auf das Änderungsgesetz zum PartG-DDR ein und rückte die Probleme der Kommission in den Blick. Der Beitrag von *Kunig*³⁸ ist für die verfassungsrechtlich relevante Frage, wie die Rechtsstellung der Unabhängigen Kommission zu beurteilen war und wie sie sich in die exekutive Hierarchie einordnete, aufschlussreich. *Papier*³⁹ lenkte in seinem Aufsatz den Fokus auf die Rechtsfragen, die sich im Zusammenhang mit der Feststellung, Sicherung und

³³ *Berger*, Die treuhänderische Verwaltung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR.

³⁴ *Bremer*, Treuhand und Jurisdiktionsbefugnis.

³⁵ Siehe zur Geschichte der Treuhandanstalt ausführlich bei *Malycha*, Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben; *Kemmler*, Die Entstehung der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt wurde noch in der Amtszeit von Ministerpräsident *Hans Modrow* am 1. März 1990 gegründet und sollte anfangs lediglich das Volkseigentum wahren. Im weiteren Verlauf wurde engagiert über einen etwaigen Privatisierungsauftrag der Treuhandanstalt diskutiert. Siehe zu diesen Auseinandersetzungen *Malycha*, S. 94 ff. Erst in der Regierungszeit *Lothar de Maizière*s wurde mit der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt begonnen, *Malycha*, S. 101. Im Rahmen der Aushandlung der Wiedervereinigung kam der Treuhandanstalt Bedeutung zu; ihr sollte im Rahmen „der Privatisierung der Industriebetriebe sowie des Grundvermögens eine zentrale Rolle“ zukommen, *Malycha*, S. 109 und weiter S. 195 ff. Am 1. Januar 1995 übernahm die neugegründete „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ (BvS) wesentliche Aufgaben der nunmehr aufgelösten Treuhandanstalt, wie Vertragsmanagement, Reprivatisierung, Finanzvermögen usf. Nachfolgend wird von Treuhandanstalt/BvS gesprochen. Für Sachverhalte bis Ende 1994 ist die Treuhandanstalt gemeint, für Sachverhalte ab dem 1. Januar 1995 ist die BvS gemeint.

³⁶ *Bremer*, Treuhand und Jurisdiktionsbefugnis, S. 29.

³⁷ von *Arnim*, Wem steht das Vermögen der DDR-Parteien zu?.

³⁸ *Kunig*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HStR* II, § 216.

³⁹ *Papier*, Das Parteivermögen in der ehemaligen DDR.

Verwendung des Sondervermögens ergaben. *Starck*⁴⁰ konzentrierte sich schließlich auf die materiell-rechtlichen Grundsätze im Sinne des Grundgesetzes und leistete damit einen Beitrag zum Begriffsverständnis dieses unbestimmten Rechtsbegriffs, der die Grundlage für die (Ermittlungs-)Tätigkeit der Unabhängigen Kommission bildete.

Ferner finden sich Arbeiten, die sich unmittelbar mit der Unabhängigen Kommission auseinandersetzten. Einen informierten Überblick über die Kommissionstätigkeit bietet *Kloth*⁴¹. Hinsichtlich der Kompetenzfrage und etwaigen Kompetenzkonflikten mit anderen Institutionen sind die Aufsätze von *Kloth*⁴² und *Volkens*⁴³ aufschlussreich. *Rein*⁴⁴ hingegen beschäftigte sich mit einem speziellen Aspekt der Unabhängigen Kommission, der Parteivermögenskommissionsverordnung.

C. Gang der Untersuchung

Im *ersten Teil* sollen grundsätzliche Ausführungen zum sozialistischen Recht gemacht und Auskunft über das sozialistische Mehrparteiensystem der DDR gegeben werden. Dabei wird zunächst auf die Funktion des Rechts in der sozialistischen Rechtstheorie der DDR eingegangen. Die wesentlichen Merkmale, der Instrumentalcharakter des Rechts und die führende Rolle der SED werden dabei herausgearbeitet. Anschließend erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Mehrparteiensystem der DDR und seinen wesentlichen Akteuren. Dabei liegt der Fokus auf der Bedeutung und Funktion dieser Akteure für die Stabilität des sozialistischen Mehrparteiensystem. Zudem werden die organisatorischen Strukturen des Systems, Demokratischer Block und der Nationale Front, aufgezeigt.

Der *zweite Teil* setzt sich mit dem PartG-DDR auseinander. Bevor analysiert wird, wie sich das PartG-DDR rechtstheoretisch erklären und einordnen lässt, erfolgt eine Genese dieses Gesetzes. Dabei liegt der Fokus zunächst auf dem Zentralen Runden Tisch. Die Rolle und Bedeutung dieses (Revolutions-)Organs wird ebenfalls analysiert und einer staatsrechtlichen Kategorisierung unterzogen. Sodann werden die verschiedenen Gesetzesentwürfe vorgestellt und die Besonderheiten der parteirechtlichen Normen der DDR herausgearbeitet. Der zweite

⁴⁰ *Starck*, Die Behandlung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR, Staatswissenschaften und Staatspraxis 1991, 316.

⁴¹ *Kloth*, DtZ 1995, 4.

⁴² *Kloth*, VIZ 1991, 52.

⁴³ *Volkens*, VIZ 1993, 334.

⁴⁴ *Rein*, DtZ 1991, 290.

Teil endet schließlich mit einer rechtstheoretischen Analyse und erstmalige Einordnung des PartG-DDR.

Der *dritte Teil* widmet sich der Unabhängigen Kommission. Zunächst wird auf die Rechtsgrundlagen für die Einsetzung und Tätigkeit der Kommission eingegangen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei auf einer Analyse der §§ 20a, 20b PartG-DDR und ihrer Modifizierungen durch die Maßgaberegelungen des Einigungsvertrages. Sodann wird auf den Aufbau und die Tätigkeit der Unabhängigen Kommission eingegangen. Dabei werden die Binnenorganisation, mit dem Sekretariat als zentrale Einrichtung der Kommission, dargestellt und die Abläufe und Verfahren der Kommissionssitzungen werden nachgezeichnet und analysiert. Anschließend findet eine Auseinandersetzung mit den In- und Auslandsermittlungen der Unabhängigen Kommission statt. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich dabei ausschließlich auf das Vermögen der SED/PDS sowie auf jenes des FDGB. Hierbei können wesentliche Ermittlungserfolge der Kommission herausgearbeitet werden. Der dritte Teil endet sodann mit einer Analyse der von der Unabhängigen Kommission geführten Gerichtsverfahren.

Im *vierten Teil* werden schließlich die Stränge der vorherigen Teile zusammengelegt und im Rahmen einer Schlussbetrachtung ein resümierender Blick auf das PartG-DDR einerseits und auf die Tätigkeit der Unabhängigen Kommission andererseits geworfen. Ihren Abschluss findet die Arbeit in einem Ausblick auf die noch bestehenden Desiderate, die sich für weitere Forschungen auf dem Feld der Transformation der DDR im Allgemeinen und der friedlichen Revolution im Besonderen ergeben.

Erster Teil: Allgemeine Grundlagen

Das sozialistische Recht und das sozialistische
Mehrparteiensystem der DDR

Register

- Akklamation 71, 73, 90, 11
Altvermögen 126, 143, 159, 163–165, 171, 173, 175, 245, 267, 278, 303, 315–318
Arbeiterklasse 14 f., 17 f., 23, 34, 37–38, 42, 47
Arbeiterpartei 14 ff., 20, 24, 31
Arbeitsgruppe „Parteien- und Vereinigungsgesetz“ 5, 92, 96–97, 121
- Bankenabfrage 218–219, 234–236, 269
Blockparteien 33–35, 38–39, 46–48, 54, 69–70, 86, 102, 109, 121, 131, 140, 147, 156, 237, 244, 254, 277, 333
– CDU 34–37, 45, 56–57, 155, 244–246
– DBD 35–36, 155, 244
– LDPD 34–36, 45, 155, 244
– NDPD 35–36, 102, 155, 244
BStU 220–221
BvS, *siehe* Treuhandanstalt
Bundesfinanzministerium 302, 321, 179
Bundeskanzleramt 294, 296
Bundesministerium des Innern 211
Bundesverfassungsgericht 142, 174–175, 205, 207, 303, 309, 313, 330
Bundesverwaltungsgericht 153, 158, 176, 312–313
Bürgerliche Gesetzmäßigkeit 21–22, 29, 31
- Chancengleichheit 3, 94, 96, 122, 130–137, 168–170, 174–175, 329, 332
- de Maizère, Lothar* 55–56, 121, 125, 182, 187
Demokratie 4, 6, 16–17, 29, 38–39, 42, 53–54, 64, 71–72, 79, 81, 85–86, 107, 110, 135,
Demokratiebegriff, *siehe* Demokratie
- Demokratische Legitimation 60, 67, 70–73, 86, 89, 91, 110, 118, 198–199
Demokratischer Block 8, 44, 59
Demokratischer Zentralismus 16, 43
Diktatur 4, 29, 39, 64, 79, 81, 107
– Parteidiktatur 2, 3, 16, 52, 105, 130, 326
– SED-Diktatur 6, 116, 152, 323
- EGMR 130, 303, 309, 314–315
Eigentum 21, 101, 139–140, 142–143, 145, 154, 162, 165, 178, 237, 241–242, 258–259, 269, 272, 274, 284, 286, 314, 318
– Eigentumsfreiheit 175, 315
– Grundeigentum 273
– Organisationseigentum 100, 145
– Staatseigentum 286
– Volkseigentum 141, 145, 183, 185, 240–241, 256, 273–274
Einigungsvertrag 3, 4, 7, 9, 122–125, 128–133, 137–138, 142–143, 149–152, 166, 168–169, 176, 178–180, 192–193, 196, 198, 203–204, 207, 215, 236, 249, 255, 267, 273, 289, 304, 319, 323, 327–330, 332
Embargogeschäfte 282
Enteignung 126, 130, 133, 140–143, 176 ff., 217, 274, 276, 328,
Enteignungsgleiche Eingriffe 143, 236
- Gesetzesbindung 23, 28–29, 30–31
Gesetzgebungsfunktion 74
Gewalteinteilung 2, 13, 71, 78, 140
Gewalteneinheit 78, 85
Gysi, Gregor 61, 208, 257–260, 331
- Instrumentalcharakter 8, 15, 18, 26, 48, 326
Internationale Amtshilfe 290

- Internationale Rechtshilfe 289–290
 Islamische Religionsgemeinschaft e.V.
 309–311, 313

 Kirchengeschäfte 281
Klenner, Hermann 20–22, 29
 Kollegialorgan 192, 199, 211
 Kommerzielle-Koordinierung 219, 251,
 279, 281–287, 299
 Kontaktgruppe 53–54, 59, 68, 84, 90
 KPD 34, 36, 45, 221, 281
 KPdSU 31, 287
Krenz, Egon 23, 55–56, 257
 Kriterienpapier 138–139, 141, 146, 150, 231

 Legitimationsdefizit 70

 MAI 271, 280
 Marxismus-Leninismus 14–15, 18–19, 25,
 31, 43
 Massenorganisationen 4, 5, 33–34, 40–48,
 98, 116, 121, 125–127, 131–133, 138,
 145, 147–148, 154, 156, 160–161, 168,
 174, 180, 182, 188, 192, 200, 203–204,
 211, 216, 220, 222, 227–229, 240–241,
 250, 255–256, 274, 277, 304, 317, 320,
 327, 330–332
 – FDGB 5, 9, 40, 42–44, 59, 134, 145, 156,
 185, 228–229, 238, 240, 242–244,
 254–255, 273–277, 328, 331
 – FDJ 40, 156, 228, 244, 246–247
 – KB 40, 156, 228
 Maßgaberegelung 7, 123–124, 128,
 130–135, 137, 149, 151 ff., 176, 179,
 188 f., 193, 198, 203, 206, 215, 241, 243,
 249, 287, 304, 323
 Ministerium für Staatssicherheit 60, 221
 Ministerrat 18, 58, 62–63, 65–66, 90–92,
 76–77, 84, 97, 99, 118, 187
Modrow, Hans 61–62, 85–86
 Monopolstellung 33, 35, 48, 53, 78, 83, 99,
 130, 136, 147, 149, 174, 274–275

 Nationale Front 8, 44, 46–47, 59
 Neuvermögen 162–165, 173, 175, 303, 316
 Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet 281
 Novum GmbH 221, 229, 251–252,
 298–302, 305–309, 315, 321

 Oberverwaltungsgericht Berlin 157, 278,
 300, 308–309, 311, 316
 OEB 99, 101, 127, 146–147, 258, 265, 270,
 298, 306–307
 Opposition 37–38, 58, 65, 69
 – Demokratie Jetzt 53–54, 86
 – Demokratischer Aufbruch 53
 – Grüne Partei 53, 86
 – Initiative Frieden und Menschenrecht 53
 – Neues Forum 86
 – Sozialdemokratische Partei 53
 – Vereinigte Linke 53
 Oppositionsgruppen, *siehe* Oppositions-
 bewegung DDR

Papier, Hans-Jürgen 7, 132, 194, 209, 322
 Parteidiktatur 2, 3, 16, 52, 105, 130, 326
 Parteieigene Unternehmen und Betriebe,
 siehe Organisationseigene Betriebe
 Parteiengesetz 38, 49, 77, 85, 91–94,
 102–103, 123, 149,
 Parteienrecht 5, 8, 94, 96, 98, 100, 102, 110,
 112, 125, 132, 136, 168–169, 171, 200,
 329, 333
 Parteifirmen 219, 221, 251, 277, 279,
 281–287
 Parteivermögen 125, 136, 148–149,
 158–159, 171, 187, 200, 221, 223,
 237–238, 251–252, 255–256, 258–263,
 265, 272–273, 279, 284–286, 291, 293,
 310, 314–315
 Parteivermögenskommissionsverordnung 8,
 189
 Politbüro 17, 25, 31, 48, 51, 58, 78, 85, 257
 Putnik 287–288, 332

 Rechenschaftsbericht 5, 126–127, 161,
 204–205, 246, 260, 267, 272
 Rechtsaufsicht 128, 190, 198–199
 Rechtsstaat 2–3, 13, 14, 21, 109, 116
 – materiell-rechtsstaatliche Grundsätze im
 Sinne des Grundgesetzes 3, 137–140,
 144–150, 153–154, 165, 175–176, 231,
 241 ff., 255, 328, 330
 – Rechtsstaatsbegriff 2, 3
 – Vor-rechtsstaatliche Vergangenheit 3, 7,
 13, 121, 326, 332
 Rechtsträger 239–240

- „Regierung der nationalen Verantwortung“ 62–63, 78
- Restitution 132, 135, 137, 143, 146, 149–151, 169–170, 177–178, 180–181, 329
- Restitutionsansprüche, *siehe* Restitution
- Revolution 28, 72–73, 75, 91, 104–195, 112, 325–327
- Französische Revolution 71–72, 105, 114
 - Friedliche Revolution 1, 3–5, 9, 51, 54, 67, 72, 85–87, 90, 104–107, 114, 117–118, 279, 325–327, 333–334
 - Märzrevolution 87, 91
 - Nelkenrevolution 80
 - Revolutionskontinuitäten 86, 91
 - Revolutionsrecht 112–114
- Runder Tisch, *siehe* Zentraler Runder Tisch
- SBZ 34–36, 281
- Schalck-Golodkowski, Alexander* 219, 250–251, 281–282, 284, 286–287
- Schäuble, Wolfgang* 322–323
- SED-Diktatur 6, 116, 152, 323
- SMAD 34, 36–37, 45, 274, 276
- Sonderparteitag 256–257, 259–260
- Sondervermögen 6, 7, 127, 129, 137, 161, 177, 181, 198, 206, 230, 248, 254, 287, 291, 324, 329
- Sozialismus 3, 19, 23, 30, 37, 40, 44, 95, 111, 187, 205, 257
- Sozialistisches Mehrparteiensystem 8, 33, 38, 48f., 55, 84, 93, 104, 109, 121, 140, 147, 201
 - Sozialistische Rechtstheorie 8, 13–14, 31, 140
- Sozialistische Gesetzlichkeit 18, 20, 22–23, 27–28, 31
- Staatsanwaltschaft Berlin 220, 233, 286
- Staatsrecht 1, 6, 8, 49, 64–65, 67, 78–79, 87, 113, 123, 191
- Staatsvermögen 221, 285–286
- Stabilisierungsfunktion 74, 76, 78, 86
- Steindling, Rudolfine* 300f., 305–309
- Steinmeier, Frank-Walter* 296
- Systemumbruch 4, 106
- Transformation 9, 49, 76
- Transition 4, 80–83, 86, 107–110, 116, 122
- Transitionsforschung 80–83, 91, 107
 - Transitionsgesetzgeber 79–80, 83, 85–86, 90–91, 105, 114, 116–117, 326–327
 - Transitional Justice 107, 112, 114–117
 - Transitionsrecht 104, 107–108, 112–119, 325ff.
- Transmissionsfunktion 39
- Treuhandanstalt 7, 129–130, 151–152, 160, 165–168, 170, 173–174, 178–181, 186, 190, 203–204, 208, 215, 222–224, 229–233, 235, 238, 244, 247–249, 268, 277–278, 284, 287, 291, 300, 303–318, 329
- Treuhand I 174, 315
- Treuhänderische Verwaltung 4, 6–7, 126, 128, 129–130, 133–134, 154–155, 158, 160–162, 164, 166, 179–180, 185–186, 203, 215, 224, 231–232, 244–245, 247–249, 261, 263, 300, 303–307, 309, 311, 314, 317, 321, 329–330
- Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen 4, 116, 121, 192, 200
- Aufbau und Tätigkeit 182
 - Auflösung 182, 301–302, 319–320, 322–323, 331
 - Auslandsermittlungen 9, 218, 222, 229, 254, 277–278, 279, 288, 290ff., 297, 301–302, 331–332
 - Binnenorganisation 9, 186, 188, 211, 224
 - Ermittlungskompetenz 127, 219, 321
 - Erste Phase 182, 331
 - Gesetzlicher Auftrag 124, 126
 - Inlandsermittlungen 206, 209, 223, 229, 254, 277, 315, 331–332
 - Kollegialorgan 192, 199, 211
 - Kommissionsmitglieder 129, 186, 193, 196–197, 250
 - Kompetenzkonflikt 151, 178–179
 - Kriterienpapier 138–139, 141, 146, 150, 231
 - „laufende Geschäfte“ der Kommission 190, 211–215, 330
 - Parteivermögenskommissionsverordnung 8, 189
 - Rechtsaufsicht 128, 190, 198–199

- Referate 201, 212, 216–217, 222, 225 ff., 230, 232, 235, 238, 247
- Sekretariat 9, 100, 184, 189–190, 199, 201, 203, 211–213, 215–218, 220, 222–223, 225–227, 230, 234–237, 297, 304, 319, 328–330
- Zustimmungsvorbehalt 126–128, 133, 165–166, 168, 170–172, 306, 309, 312
- Zweite Phase 182, 188, 328
- Zwischenbericht 129, 183, 227, 277
- Ungarn-Ermittlungen 225, 293, 321, 331
- Gemeinsame Deutsch-Ungarische Kommission 294
- Ungarische Nationalbank 293, 295–296, 321
- Untersuchungsausschuss 207, 219, 252, 283
- Veräußerungsverbot 168, 172
- Verbundene juristische Person 100, 157, 234, 306, 309
- Verbundene Organisationen 121, 126–127, 154, 156–157, 160–161, 169, 182, 188, 203–204, 216, 255, 304, 311–314, 326, 331
- Verfassung der DDR 17f., 42, 44, 47, 53, 76, 78, 84, 90, 98
- Verfügungsverbot 168–170
- Vergleichsvertrag 249, 315–316
- Vermögensgesetz 114, 137, 176–177
- Vermögensprovenienz 121, 273, 277
- Vermögensverwendung 152, 323
- Vermögensverzicht 315
- Verwaltungsgericht Berlin 305, 307–308, 311
- Veto-Organ 66
- Volkskammer 3, 18, 27, 46, 57–58, 61–66, 70, 74–76, 78, 84–86, 90–91, 94, 96–97, 99, 111–112, 118, 125, 161, 176, 183–184, 186–187, 265, 276, 326–327, 330, 333
- Volkskammerwahl 3, 49, 59, 64–65, 76, 78, 84–86, 105–107, 118–119, 325–326, 333
- von Hammerstein, Christian* 209, 225–226
- Vorparlament 86, 88–89, 90–91
- Wiedergutmachung 2, 115, 130, 133, 176–177
- Wiedervereinigung 1, 3–6, 32, 114, 118, 121, 123–124, 128, 135, 137, 143, 178, 182, 188, 193, 206, 211, 217, 220, 233, 244, 314, 319–320, 327–332
- Wiedervereinigungsrecht 112, 114
- Willkürherrschaft 139–140
- Wirtschaftsprüfungsgesellschaften 187, 208, 217–218, 229, 233 ff., 242, 245, 247, 256, 263, 266
- Zentraler Runder Tisch 3–6, 49, 53–80, 83–87, 90–92, 96–97, 107–108, 122, 326–327, 333
- ZERV 220, 223, 233, 255, 320,